

## **Protokoll**

---

**Zeit:** 16:10 Uhr – 18:45 Uhr  
**Ort:** Konferenzzentrum im Ludwig Erhard Haus

**Vorsitz:** Präsident Dr. Eric Schweitzer  
Vize-Präsidentin Ute Witt  
Präsidentin Dr. Beatrice Kramm

**Anwesend:** Die in der Anwesenheitsliste verzeichneten Mitglieder und Gäste.

Jan Eder (Hauptgeschäftsführer)  
Christian Wiesenhütter (stellvertretender Hauptgeschäftsführer)  
Melanie Bähr (stellvertretende Hauptgeschäftsführerin)  
Katja Steinbrück  
Vesna Mokorel Kalusa (Protokollführerin)

### **Tagesordnung:**

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 08. Januar 2016**
- TOP 2: Nachwahl in das Präsidium der IHK Berlin und Wahl einer neuen Präsidentin/ eines neuen Präsidenten**
- TOP 3: Positionierung der IHK Berlin zum Für und Wider der Schließung des Flughafens Tegel**
- TOP 4: Neufassung des Statuts für die Ausstellung von Ursprungszeugnissen und anderen dem Außenwirtschaftsverkehr dienenden Bescheinigungen**
- TOP 5: Aktuelle Themen**
- TOP 6: Besuch des Regierenden Bürgermeisters**
- TOP 7: Verschiedenes**

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert **Herr Dr. Schweitzer** zu personellen Veränderungen in der Vollversammlung. **Frau Dr. Doris Habermann**, Geschäftsführerin KOMBI Consult ist aus der Vollversammlung ausgeschieden. Nachrücker in der Wahlgruppe 15 (Bildung, Freizeit) ist **Herr Michael Roden**, Inhaber Michael Roden. Herr Dr. Schweitzer bedankt sich bei Frau Habermann für ihr Engagement und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.

Herr Dr. Schweitzer bittet die Vollversammlung um Zustimmung zur Tagesordnung, wie sie den Vollversammlungsmittgliedern mit der Einladung zugegangen ist. Diese Tagesordnung gilt als abgearbeitet bis zum Zeitpunkt des Eintreffens des Regierenden Bürgermeisters. Alle Themen, die bis zu diesem Zeitpunkt nicht besprochen wurden, werden auf die nächste Sitzung verschoben.

**Die Vollversammlung stimmt der vorgeschlagenen Tagesordnung bei einer Enthaltung zu.**

Bei Eintritt in die Tagesordnung sind 66 Mitglieder der Vollversammlung anwesend.

### **TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 08. Januar 2016**

**Herr Dr. Schweitzer** informiert die Vollversammlung über einen Nachtragswunsch Herrn Hübners zum Protokoll der letzten Sitzung. Der Nachtrag lautet wie folgt:

„Herr Hübner lobt die Transparenzoffensive der IHK Berlin in Bezug auf das Gehalt des Hauptgeschäftsführers und fragt anschließend nach der Höhe und Verwendung von möglichen zusätzlichen Einnahmen aus Mandaten etc. Dazu erklärt Herr Eder, es gebe eine Dienstanweisung, dass für alle Mitarbeiter die Höhe derartiger Bezüge auf ein Monatsgehalt begrenzt ist.“

**Die Vollversammlung genehmigt bei einer Enthaltung die Niederschrift der Sitzung der Vollversammlung vom 08. Januar 2016 mit dem besprochenen Nachtrag.**

**TOP 2: Nachwahl in das Präsidium der IHK Berlin und Wahl einer neuen Präsidentin/ eines neuen Präsidenten**

**Herr Dr. Schweitzer** knüpft an die Diskussion aus der letzten Sitzung an. Er bestätigt noch einmal, dass er sein Mandat als Präsident der IHK Berlin in dieser Sitzung niederlegen wird. Er erläutert das anschließende gestufte Prozedere.

Da es ihm wichtig ist, sich weiter für die Belange der Berliner Wirtschaft an entscheidender Stelle einsetzen zu können und er das Amt des DIHK-Präsidenten weiterhin bekleiden möchte - Voraussetzung dafür ist eine Mitgliedschaft im Präsidium einer deutschen IHK – würde er sich freuen, wenn er nach seiner Amtsniederlegung in das Präsidium gewählt würde. Weil derzeit kein Präsidiumssitz frei ist, würde zunächst Frau Dr. Kramm ihr Mandat im Präsidium niederlegen, bevor sie für das Amt der Präsidentin kandidiert.

**Herr Gruhn** bedankt sich unter großem Applaus im Namen der ganzen Vollversammlung bei Herrn Dr. Schweitzer für sein großes Engagement als Präsident der IHK Berlin und bittet ihn, sich weiterhin für die Berliner Wirtschaft einzusetzen.

Da das weitere Prozedere die handelnden Personen betrifft, schlägt **Herr Dr. Schweitzer** vor, die Leitung der Sitzung für diesen Tagesordnungspunkt der Vizepräsidentin, Frau Witt, zu überlassen. Die Vollversammlung ist mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.

**1. Nachwahl in das Präsidium der IHK Berlin**

**Frau Witt** übernimmt die Sitzungsleitung.

**Frau Dr. Kramm** legt ihr Mandat im Präsidium der IHK Berlin nieder. **Herr Dr. Schweitzer** erklärt, sein Mandat als Präsident der IHK zu dem Zeitpunkt niederzulegen, zu dem die Vollversammlung ein neues Mitglied in das Präsidium wählt.

Für die Nachwahl in das Präsidium kandidiert nur Herr Dr. Schweitzer.

Zu dem Zeitpunkt sind 72 Vollversammlungsmitglieder anwesend.

**Die Vollversammlung stimmt bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung zu, die Nachwahl in das Präsidium der IHK Berlin offen durchzuführen. Die Vollversammlung wählt sodann bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen Herrn Dr. Schweitzer in das Präsidium der IHK Berlin.**

**Herr Dr. Schweitzer** bedankt sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und nimmt die Wahl an.

## **2. Wahl einer neuen Präsidentin/ eines neuen Präsidenten**

**Herr Dr. Schweitzer** schlägt erneut Frau Dr. Kramm als seine Nachfolgerin vor. **Frau Dr. Kramm** erklärt sich bereit, für das Amt der Präsidentin der IHK Berlin zu kandidieren. Sie erläutert ihre Vorstellungen für die Entwicklung der Berliner Wirtschaft und der IHK als deren Interessenvertretung. Als Leitlinien für ihre Amtszeit nennt sie vor allem Mitgliedernähe und Qualitätssicherung der inhaltlichen Arbeit der Kammer. Besondere Schwerpunkte will sie auf die Initiative „Berlin 2030“ sowie die Themen Industrie 4.0 und Bildung legen. Vor diesem Hintergrund thematisiert Frau Dr. Kramm die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen durch den Zuzug von Flüchtlingen sowie den Mangel an ausbildungsfähigem Nachwuchs für die duale Berufsausbildung, die die Berliner Wirtschaft vor große Herausforderungen stellen. Hier ist die gelungene Integration beider Gruppen in den Berliner Ausbildungs- und Arbeitsmarkt wichtig, nicht zuletzt auch um die öffentliche Wertigkeit der dualen Berufsausbildung zu erreichen. Abschließend geht Frau Dr. Kramm auf das Miteinander in der Vollversammlung ein und wünscht sich vor allem Professionalität und Respekt in der Zusammenarbeit.

Für das Amt des Präsidenten gibt es keine weiteren Kandidaten.

Zu diesem Zeitpunkt sind 74 Vollversammlungsmitglieder anwesend. Die Vollversammlung wählt sodann in geheimer Abstimmung. Für die Auszählung wird die Sitzung unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung verkündet **Frau Witt** das Ergebnis.

**Die Vollversammlung wählt mit 65 Ja-Stimmen, sechs Nein-Stimmen und drei Enthaltungen Frau Dr. Kramm zur neuen Präsidentin der IHK Berlin.**

**Frau Dr. Kramm** freut sich über das ihr entgegengebrachte Vertrauen und nimmt die Wahl an.

### **TOP 3: Positionierung der IHK Berlin zum Für und Wider der Schließung des Flughafens Tegel**

**Herr Wiesenhütter** berichtet, dass entsprechend der Verabredung in der letzten Sitzung eine Diskussionsrunde für Mitglieder der Vollversammlung und der drei IHK-Ausschüsse Verkehr, Tourismus und Infrastruktur, Stadtentwicklung und Bau einberufen wurde. In der Runde wurden die verschiedenen Argumente zum Für und Wider der Schließung des Flughafens Tegel noch einmal beleuchtet. Für die rechtliche Würdigung stand Prof. Dr. Elmar Giemulla, Rechtsanwalt, Honorarprofessor für Luftrecht an der Technischen Universität Berlin und Präsident des Verbandes für allgemeine Luftfahrt, zur Verfügung.

**Herr Meyer** geht sodann auf die rechtlichen Risiken ein, die in der Sitzung zur Sprache kamen. Die Betriebsgenehmigung des Flughafens Tegel ist rein formal schon widerrufen. Der Widerruf wird sechs Monate nach der vollständigen Eröffnung des BER wirksam, womit die Betriebsgenehmigung für den Flughafen Tegel automatisch erlischt. Die Planfeststellung für den BER beruht darauf, dass er den Flughafen Tegel ersetzt - mit dem Ziel, dass weniger Menschen durch Flugverkehr belastet werden. Der Planfeststellungsbeschluss für den BER steht daher unter dem Vorbehalt der endgültigen Schließungen von TXL und THF. Blicke TXL weiterhin Verkehrsflughafen, gäbe es zwei allgemeine Verkehrsflughäfen, d.h. die Planrechtfertigung für den BER entfiere. Damit bestünde ein hohes Risiko, dass der Planfeststellungsbeschluss für den BER erneut gerichtlich angefochten wird und der BER dann nicht in Betrieb genommen werden darf.

Anschließend werden auch die rechtlichen Bedenken in Bezug auf die Nutzung des Flughafens Tegel als Regierungsflughafen, mit der möglichen Erweiterung auf Geschäftsflüge, erörtert. Rechtlich betrachtet wäre der Weiterbetrieb des Flughafens Tegel für Regierungsflüge möglich (Militärflughafen). In diesem Fall wäre eine zivile Mitnutzung möglich, allerdings nur in einem eindeutig definierten Rahmen (z.B. für Organflüge, Notfallsituationen am BER oder Großveranstaltungen in Berlin). Eine generelle Mitnutzung durch die business aviation wäre rechtlich als allgemeiner Luftverkehr zu qualifizieren und damit nicht zulässig. **Frau Dr. Kramm** erinnert die Vollversammlung daran, dass eine neue Positionierung der IHK Berlin zu diesem Thema nur dann erfolgen sollte, wenn diese keine rechtlichen Bedenken hinsichtlich der Planfeststellung von BER hervorruft. Da solche Bedenken tatsächlich bestehen, schlägt sie der Vollversammlung vor, bei der bisherigen Positionierung der IHK Berlin zu bleiben.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich **Frau Seidel** sowie die **Herren Dobat, Eckert, Frohloff, Meyer, Peter** und **Wiesenhütter**. Es werden Zweifel an der rechtlichen

Einschätzung Prof. Giemullas geäußert. Abschließend werden erneut die rechtlichen und wirtschaftlichen Risiken bei der Schließung des Flughafens Tegel diskutiert.

**Die Vollversammlung erneuert sodann bei 16 Gegenstimmen und fünf Enthaltungen ihre Positionierung für einen leistungsfähigen Flughafen BER am Standort Schönefeld. Da insbesondere die rechtlichen Risiken für den Flughafenstandort Berlin bei einem Weiterbetrieb des Flughafens Tegel sehr groß sind, setzt sich die IHK Berlin für einen Single Airport am Flughafen BER und eine Nachnutzung des Flughafens Tegel als Industrie- und Innovationsstandort Urban Tech Republic ein.**

### **TOP 4: Neufassung des Statuts für die Ausstellung von Ursprungszeugnissen und anderen dem Außenwirtschaftsverkehr dienenden Bescheinigungen**

**Frau Bähr** informiert zunächst die Vollversammlung über die 33.000 Ursprungszeugnisse, die die IHK Berlin jedes Jahr für ihre Mitgliedsunternehmen ausstellt. Als Grundlage dafür dient das Statut der IHK Berlin für die Ausstellung von Ursprungszeugnissen und anderen dem Außenwirtschaftsverkehr dienenden Bescheinigungen. Am 1. Mai 2016 löst der Europäische Unionszollkodex den bisherigen Zollkodex der Europäischen Gemeinschaften ab, wodurch auch die Rechtsgrundlage für das bisherige Statut entfallen wird. Deswegen ist eine Neufassung des Statuts auf der Grundlage des Europäischen Unionszollkodexes notwendig.

Da zwischen der Neufassung des § 3 des Statuts und dem Musterformular für die Ausstellung der Ursprungszeugnisse ein sprachlicher Unterschied besteht, bittet **Herr Scheiding** die beiden Texte in Einklang zu bringen. Daher soll der neue Text in der Neufassung des § 3 Absatz 1 Spiegelstrich 3 des Statuts wie folgt lauten: „Roh- und Eigengewicht der Ware, diese Angaben können jedoch durch andere Angaben wie Anzahl oder Rauminhalt ersetzt werden, wenn die Feststellung ihrer Nämlichkeit normalerweise durch diese anderen Angaben gewährleistet ist, (...)“. Die Vollversammlung ist mit dem Vorschlag einverstanden.

**Die Vollversammlung beschließt sodann einstimmig die Neufassung des Statuts der Industrie- und Handelskammer zu Berlin für die Ausstellung von Ursprungszeugnissen und anderen dem Außenwirtschaftsverkehr dienenden Bescheinigungen, wie in der Anlage 1 zur Einladung vorgeschlagen und mit sprachlicher Modifizierung in § 3 Absatz 1 Spiegelstrich 3.**

### **TOP 5: Aktuelle Themen**

### 1. Bericht zum Thema Wahlprüfsteine

**Frau Dr. Kramm** weist auf die große Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus für die Berliner Wirtschaft hin. Mit der Entscheidung über die zukünftige politische Führung geht auch eine Entscheidung über die zukünftige Ausrichtung der Berliner Wirtschaftspolitik einher. Deshalb wollen IHK Berlin und Handwerkskammer Berlin, wie in jeder Legislaturperiode, die Wahlen zum Anlass nehmen, die Forderungen der Berliner Wirtschaft an die Politik in Wahlprüfsteinen zu formulieren. Bereits bei den letzten Abgeordnetenhauswahlen haben sich die Wahlprüfsteine als ein sehr erfolgreiches Instrument zur Forcierung wirtschaftspolitischer Themen im Koalitionsvertrag erwiesen.

**Herr Wiesenhütter** stellt den Zeitplan zu Erarbeitung, die Systematik des Aufbaus sowie die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Wahlprüfsteine vor. Die Vollversammlung bekommt im Nachgang zur Sitzung den Entwurf der Wahlprüfsteine zugesendet und hat bis zum 29. März 2016 die Möglichkeit ihre Anregungen dem Hauptamt zu übermitteln. Weitere Einzelheiten sind der als Anlage 2 beigefügten Präsentation zu entnehmen.

### 2. Erster Bericht zur Vorbereitung der Vollversammlungswahl

**Herr Eder** berichtet kurz zu den Ergebnissen der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe Vollversammlungswahl, die am 15. Februar 2016 mit den interessierten Vollversammlungsmitgliedern getagt hat. In der Sitzung wurden drei Themen diskutiert: die Einteilung der zukünftigen Wahlgruppen, Vorüberlegungen in Bezug auf Berechnungskriterien und Kooptationen in den zukünftigen Wahlgruppen. Zum Thema zukünftige Wahlgruppeneinteilung wurde ein neues Modell vorgestellt, nach dem einige Branchen (z.B. Gesundheit, Mobilität, Kreativwirtschaft, Tourismus) den Wahlgruppen nach dem Clustermodell zugeordnet werden sollen, um die Wertschöpfungskette besser abbilden zu können. Innerhalb dieser Wahlgruppen können dann weitere drei Untergruppen (Handel, Industrie, Dienstleistung) gebildet, feste Sitze eingeräumt und Kooptationssitze festgelegt werden, um die Spiegelbildlichkeit der Berliner Wirtschaft besser zu gewährleisten. Die Arbeitsgruppe stand einer Wahlgruppenbildung nach der vorgestellten neuen Struktur aufgeschlossen gegenüber. Anschließend wurden die Vorüberlegungen zu den Berechnungskriterien und zu den Kooptationen in den zukünftigen Wahlgruppen erörtert. Die Diskussion zu diesen Themen soll in der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe fortgesetzt werden. Die Vollversammlung soll in der Junisitzung ein Tendenzbeschluss zur Aufteilung der Wahlgruppen und zum Thema Kooptation sowie einen Beschluss zum Thema Berechnungskriterien fassen. In der Septembersitzung soll dann die neue Wahlordnung der IHK Berlin in der Vollversammlung verabschiedet werden.

### 3. Vorstellung des neuen Vorsitzenden der Wirtschaftsunioren

**Frau Dr. Kramm** begrüßt den neu gewählten Vorsitzenden der Wirtschaftsunioren, Herrn Jens Himburg (Leiter Anlagemanagement Berliner Sparkasse), der im November 2015 zum Sprecher der Wirtschaftsunioren für das Jahr 2016 gewählt wurde. Sie freut sich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsunioren.

**Herr Himburg** stellt sich der Vollversammlung kurz vor und geht auf die enge Verbindungen zwischen Wirtschaftsunioren und IHK Berlin ein. Seit über 60 Jahren engagieren sich junge Unternehmer und Führungskräfte bei den Wirtschaftsunioren Berlin, die auch für die IHK Berlin eine wichtige Rolle spielen. Er ermutigt alle Vollversammlungsmglieder, bei ihren Nachwuchskräften für eine Mitgliedschaft zu werben.

### 4. Bericht aus dem Ausschuss Infrastruktur, Stadtentwicklung und Bau

**Herr Meyer**, Vorsitzender des Ausschusses Infrastruktur, Stadtentwicklung und Bau, berichtet anhand der als Anlage 3 beigefügten Präsentation zum Thema Wohnen für Berliner, Neu-Berliner und anerkannte Flüchtlinge, mit dem sich der Ausschuss in seiner letzten Sitzung auseinandergesetzt hat. Der Ausschuss hat sich dabei für eine mittel- und langfristige Wohnraumbereitstellung für anerkannte Flüchtlinge und für die davon unabhängig wachsende Zahl der Neuberliner eingesetzt und zur stärkere Unterstützung der Privatwirtschaft durch Politik und Verwaltung aufgerufen.

Alle weiteren Themen entfallen aufgrund des Eintreffens des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller. Die Diskussion zum Leserbrief von Herrn Janßen wird auf die nächste Sitzung der Vollversammlung im Juni vertagt.

### TOP 6: Besuch des Regierenden Bürgermeisters

**Frau Dr. Kramm** begrüßt den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Herrn Michael Müller, als Gast der Vollversammlung.

In seinen Ausführungen bedankt sich **Herr Müller** zuerst bei Herrn Dr. Schweitzer für die gute Zusammenarbeit mit der IHK Berlin in den letzten elfeinhalb Jahren. Dann gratuliert er Frau Dr. Kramm zu ihrer Wahl und wünscht ihr eine glückliche Hand bei der zukünftigen Führung der IHK Berlin. In seinen anschließenden Ausführungen geht er auf die Themen Steigerung der sozialpflichtigen Beschäftigungen, Digitalisierung, Industrie 4.0, Aus- und Weiterbildung, Sicherung der Fachkräfte, Ausbau der Infrastruktur, Gewerbeflächen, Wissenschaftsstandort Berlin und Stärkung des Wirtschaftsstandorts Berlin sowohl für Start-ups als auch für die etablierten Unternehmen ein. Abschließend thematisiert Herr Müller die



Aufnahme und Integration der geflüchteten Menschen, die in Berlin Zuflucht suchen. Damit verbunden bewertet er noch die Ergebnisse der Wahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Er wünscht sich eine Fortsetzung der guten Zusammenarbeit mit den Berliner Unternehmern und insbesondere mit den Mitgliedern der Vollversammlung.

An der anschließenden Diskussion mit dem Regierenden Bürgermeister beteiligen sich **Frau Witt** sowie die **Herren Dobat, Damerius, Grl, Krieger, Meyer, Paolini, Schulze, Spieker** und **Welz**. Zunächst wird das Thema Integration der ausbildungsfähigen Jugendlichen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt thematisiert. Ausbildung ist eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt und auch der Berliner Senat beschäftigt sich schon seit längerem mit dem Thema. Viele Projekte wurden bereits umgesetzt und haben erste gute Ergebnisse erzielt. Ein wichtiger Lösungsansatz ist aus seiner Sicht auch die Gründung der Jugendberufsagentur, die alle Angebote für ausbildungsfähige Jugendliche unter einem Dach bündelt, sein. Besprochen wird auch die Integration der geflüchteten Kinder. In Berlin besuchen zurzeit über 7.500 Flüchtlingskinder die sog. „Willkommensklassen“. Nachdem die erforderlichen sprachlichen Kompetenzen vorhanden sind, werden sie in den Regelunterricht übernommen. Hinterfragt wird, ob es eine gesamtstädtische Strategie für die Verteilung von Flüchtlingen gibt. Da in einigen Bezirken schon ohne Zuzug von Flüchtlingen viel Integrationsarbeit zu leisten ist, muss dabei die Voraussetzungen und Realitäten in den einzelnen Bezirken genau betrachtet werden.

Thematisiert werden auch der Abbau bürokratischer Hürden und die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für Start-ups. Des Weiteren wird das Thema effizientere Verwaltung diskutiert. Hier setzt sich der Regierende Bürgermeister für eine leistungsfähige Verwaltung in allen Bezirken ein. Um das zu erreichen, sollen die Verwaltungsberufe attraktiver gemacht und das Personal innerhalb der Verwaltung selbst ausgebildet werden. Außerdem setzt er sich für einen gezielten Personalaufbau in der Verwaltung ein. Zu den Herausforderungen Berlins in den nächsten Jahren gehört auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur. Die Verwaltung sucht zu dieser Frage kompetente Kooperationspartner zur Entwicklung diverser Pilotprojekte in verschiedenen Bezirken.

Abschließend werden die Themen Randbebauung des ehemaligen Flughafens Tempelhof, Dresdner Bahn (Tunnel Lichtenrade) sowie eine Länderfusion mit Brandenburg thematisiert. Das Thema Randbebauung des ehemaligen Flughafens Tempelhof wird in der nächsten Legislaturperiode eine wichtige Rolle spielen. Hier sieht der Regierende Bürgermeister schon in den Koalitionsverhandlungen Handlungsbedarf.

**Frau Dr. Kramm** bedankt sich ganz herzlich beim Regierenden Bürgermeister für seinen Besuch und seine Ausführungen in der Vollversammlung.

**TOP 7:            Verschiedenes**

Abschließend kündigt **Herr Eder** an, dass es möglicherweise notwendig sein wird, zwei Sondersitzungen der Vollversammlung durchzuführen. Die erste Sondersitzung soll sich mit der Vertragsgestaltung rund um das LEH und den dafür notwendigen Beschlüssen befassen. Ob diese erforderlich wird, entscheidet sich Ende März. Er bittet die Vollversammlung, sich dafür vorsorglich schon einmal den 28. April 2016 zu notieren. Das Thema einer möglichen zweiten Sondersitzung, die für Anfang Juli vorgesehen ist, sollen die Bildungsprojekte und die Vergabe der dafür benötigten Finanzmittel sein.

**Frau Dr. Kramm** schließt die Sitzung um 18:45 Uhr.

Berlin, den 29. März 2016



Dr. Beatrice Kramm  
Präsidentin



Jan Eder  
Hauptgeschäftsführer

Anlagen:

Anlage 1: Teilnehmerliste

Anlage 2: Präsentation zum Thema Wahlprüfsteine

Anlage 3: Präsentation zum Thema Wohnen für Berliner, Neu-Berliner und anerkannte  
Flüchtlinge